

PORTUGAL

Gewerkschaftsmonitor

November 2019

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die politische Entwicklung Portugals in den vergangenen vier Jahren (2015–2019) war sehr günstig für die Gewerkschaften. Im Jahr 2015 löste die Sozialistische Partei (PS) mit der parlamentarischen Unterstützung der orthodoxen Kommunistischen Partei (PCP) und des Linksblocks (BE) die Rechtsregierung ab, die von 2011 bis 2014 das mit der Troika vereinbarte Anpassungsprogramm durchgesetzt hatte. Die unter dem Anpassungsprogramm ergriffenen drastischen Sparmaßnahmen hatten die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise verschärft, der Kündigungsschutz und das Arbeitslosengeld waren im Kontext steigender Arbeitslosigkeit stark reduziert und sozialstaatliche Leistungen erheblich verringert worden. Weitere Maßnahmen hatten die krisenbedingten Probleme in der Tarifpolitik verschärft und zum Kollaps der Verhandlungen in zahlreichen Branchen beigetragen.

Unter dem Eindruck dieser dramatischen Erfahrung schlossen die Sozialisten und die Parteien der radikalen Linken im Jahr 2015 ein parlamentarisches Bündnis, das im Wesentlichen aus einem Katalog von Maßnahmen bestand, die die unter der Troika durchgesetzte harsche Austeritätspolitik in weiten Teilen zurücknahm. Es war das erste Mal in der Geschichte der jungen portugiesischen Demokratie, dass die erweiterte Linke (PS, Kommunisten und Linksalternative) sich auf eine mittelfristige Kooperation einigten. Sowohl das Zustandekommen dieses Bündnisses im Jahr 2015 als auch sein Bestand bis zum Ende der Legislaturperiode (2019) wurde allgemein mit Überraschung zur Kenntnis genommen. Das Bündnis war so gestaltet, dass die PS-Minderheitsregierung unter Premierminister António Costa die mit der Linken vereinbarten Maßnahmen umsetzte und im Gegenzug bei entscheidenden Abstimmungen (Vertrauensfrage, Haushalt) von der Linken gestützt wurde.

Am Ende der Legislaturperiode 2015–2019 können folgende Posten auf der Habenseite des Bündnisses hervorgehoben

werden: Starke Erhöhung des Nationalen Mindestlohns, Umwandlung zahlreicher prekärer Jobs im Öffentlichen Dienst in Festanstellungen, Sozialabgabepflicht für Selbständige, finanzielle Stärkung der staatlichen Sozialversicherung, Stärkung der Dominanz öffentlicher Schulen im Bildungssystem, mehr sozialstaatlicher Schutz, vorbeugende Gesundheitspolitik und massive Förderung des öffentlichen Personenverkehrs. In anderen Bereichen wie Arbeits- und Tarifgesetzgebung, Besteuerung finanzieller Renditen und Wohnungspolitik gab es dagegen erhebliche Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit, und angesichts der stark divergierenden Positionen von PS und radikalen Linken im Wahlkampf zeichnen sich hier auch für die kommende Legislaturperiode (2019–2023) keine Kompromisse ab.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Diese trotz der Lücken insgesamt positive politische Entwicklung seit 2015 verlief im Kontext ebenfalls vorteilhafter wirtschaftlicher und sozialer Trends. Nach drei Jahren mit Negativwachstum (2011–2013) begann 2014 die wirtschaftliche Erholung. In den folgenden zwei Jahren lag das Wirtschaftswachstum bei knapp 2 % und erreichte 2017 mit 2,7 % einen vorläufigen Höhepunkt. Seit 2018 (2,1 %) hat sich die Konjunktur abgekühlt und es werden in den kommenden Jahren Wachstumsraten bei 1,6 % erwartet. Die Beschäftigungsrate stieg zwischen 2014 und 2018 von 65,4 % auf 75,4 % und die Arbeitslosenrate ging von 16,5 % auf 7 % zurück. Im Kontext der aktuell schwächer werdenden Konjunktur wird ein Rückgang des Beschäftigungswachstums (2019: +1,3 %, 2021: +0,4 %) und eine langsamere Verringerung der Arbeitslosenquote (von 6,3 % im Jahr 2019 auf 5,3 % in 2021) erwartet.

Die gute wirtschaftliche Entwicklung resultierte aus der günstigen Weltwirtschaftslage und wurde durch eine Reihe wachstumsfördernder Maßnahmen der PS-Regierung und ihrer Verbündeten befördert. Angesichts dieser Erfolgsbilanz wurde die PS bei den Wahlen am 6.10.2019 mit 36,3 % der Stimmen zur stärksten Partei im Parlament, während die rech-

ten Parteien und die orthodoxen Kommunisten hohe Verluste hinnehmen mussten. Die gestärkte PS wird sich in der jetzt beginnenden Legislaturperiode nicht auf ein parlamentarisches Abkommen mit der radikalen Linken stützen können, weil die Kommunistische Partei dies ablehnt und weil die Verhandlungen mit dem Linksblock über eine Fortsetzung der mittelfristigen Kooperation scheiterten.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

In der Legislaturperiode 2015–2019 hatten die Gewerkschaften unter den Bedingungen des parlamentarischen Mehrheitsbündnisses von PS und radikalen Linken nie zuvor dagewesene Möglichkeiten für die Durchsetzung politischer und gesetzgeberischer Maßnahmen in ihrem Interesse. Für die maximale Nutzung dieser historischen Chance wäre ein gemeinsames Vorgehen der beiden Dachverbände, CGTP-IN und UGT, und eine konstruktive Haltung gegenüber der Regierung nötig gewesen. Die kommunistische Mehrheit in der Führung der CGTP-IN war jedoch nicht bereit, diesen Weg zu gehen.

So unterzeichnete der sozial-liberale Dachverband UGT allein am 17. Januar 2017 einen »Kompromiss für ein mittelfristiges tripartes Abkommen« mit der Regierung und den Arbeitgeberdachverbänden. Die wichtigsten Punkte des Abkommens waren (1) ein 18-monatiges Moratorium bei der Aufkündigung von Tarifverträgen, (2) die Durchführung einer grundlegenden Debatte über die Regulierung der Arbeitsbeziehungen auf der Grundlage des vom Arbeitsministerium erstellten Grünbuchs und (3) die Revision der Regelung von Allgemeinverbindlicherklärungen.

Am 18.6.2018 unterzeichneten Regierung, UGT und Arbeitgeber ein mittelfristiges Abkommen mit dem Titel »Die Prekarität bekämpfen, die Segmentierung des Arbeitsmarkts reduzieren und die Tarifverhandlungen dynamischer gestalten«. Die CGTP-IN verweigerte erneut ihre Zustimmung.

Aus gewerkschaftlicher Sicht hat dieses Abkommen erhebliche Vorteile. Es sieht konkrete gesetzgeberische Maßnahmen zur Begrenzung prekärer Arbeitsverhältnisse im Allgemeinen und insbesondere bei Leiharbeiter_innen vor, und es ist zusätzlich geplant, die Sozialabgaben von Unternehmen mit einem »exzessiven Austausch« der Beschäftigten zu erhöhen und die staatliche Arbeitsinspektion zu stärken. Darüber hinaus soll die Einführung von Arbeitszeitkonten nur dann zugelassen werden, wenn diese durch einen Tarifvertrag geregelt sind. Von besonderer Bedeutung sind die in dem Abkommen vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung der definitiven Aufkündigung von Tarifverträgen und der damit verbundenen Entstehung tariffreier Zustände.

Das Abkommen beinhaltet wichtige Elemente für die Zurückdrängung prekärer Arbeit und für die Stärkung gewerkschaftlicher Tarifpolitik. Die Gewerkschaften hatten in den Verhandlungen die PS-Regierung effektiv als Verbündete an ihrer Seite, und sie haben diese Unterstützung auch nötig, weil ihre soziale Basis aufgrund der Prekarisierung schrumpft und weil ihr

core business, die Tarifpolitik, sich in einer tiefen Krise befindet. Die Schwierigkeiten der traditionellen Gewerkschaften im Tarifwesen wurden weithin sichtbar, als im Frühjahr 2018 eine neugegründete Gewerkschaft für LKW-Fahrer im Gefahrguttransport mit einem Streik die Treibstoffversorgung des Landes lahmlegte. Etwas Ähnliches war 2017 bereits im öffentlichen Gesundheitswesen passiert, als zwei sehr kleine Krankenpfleger_innengewerkschaften gegen den Willen der Mehrheitsgewerkschaft erfolgreich eine enorme (aber letztlich völlig erfolglose) Streikbewegung entfachten. Diese beiden Streiks können als Ausdruck der großen Frustration der Beschäftigten über die geringen Erfolge in den Tarifverhandlungen angesehen werden und sind ein Signal dafür, dass die Gewerkschaften dringend in die Offensive gelangen müssen. Als erstes müssten die Richtungsgewerkschaften ihre politischen Differenzen zurückstellen und gemeinsame Verhandlungsfrenten bilden. Ein positives Beispiel für ein solches Vorgehen ist die Branche der privaten Sicherheit, wo im Jahr 2017 die Gewerkschaft der CGTP-IN (STAD) gemeinsam mit den Organisationen der UGT (FETESE und SINDEL) neue Tarifverträge durchsetzen konnten. Leider hat dieses gute Beispiel bislang nicht Schule gemacht, vor allem weil die kommunistische Mehrheit in der Führung der CGTP-IN eine Zusammenarbeit mit der UGT nicht zulassen will.

GEWERKSCHAFTEN IN PORTUGAL – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im Lauf der portugiesischen Nelkenrevolution (1974–75), die der jahrzehntelangen Diktatur des Estado Novo ein Ende setzte, errang die Kommunistische Partei Portugals (PCP) eine dominierende Position in der Gewerkschaftsbewegung. Im Zuge der extremen politischen Polarisierung zwischen revolutionären und reformorientierten Kräften in der Revolution spaltete sich die Gewerkschaftsbewegung in ein prokommunistisches Lager, das den Dachverband INTERSINDICAL (ab 1977 CGTP-IN) fest im Griff hatte, und ein sozialliberales Lager, das 1978–79 den Dachverband UGT gründete. CGTP-IN und UGT verfolgten (und verfolgen) diametral entgegengesetzte Ziele (Revolution versus Reform) und gänzlich unterschiedliche Strategien (Radikalisierende Massenmobilisierung versus Moderation und Verhandlung). Im Unterschied zu Spanien, wo sich die Dachverbände UGT und Comisiones Obreras, CC.OO., in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre annäherten, kam es in Portugal trotz punktueller Zusammenarbeit nie zu einer tiefergehenden Verbesserung der Beziehungen.

Die Gewerkschaften hatten in den ersten 10–15 Jahren nach der Revolution eine starke Machtposition und konnten vorteilhafte Tarifverträge in fast allen Bereichen der Ökonomie durchsetzen. Im Zuge der Modernisierung und Integration in den Europäischen Binnenmarkt und einer abnehmenden Verhandlungsmacht der Gewerkschaften konnten die Arbeitgeber aber schrittweise die Flexibilisierung der tariflichen und gesetzlichen Regeln erzwingen. Das 2003 verabschiedete Arbeitsgesetzbuch der Regierung unter José Manuel Barroso

(2003) stellte hier einen Durchbruch dar. Unter den Umständen von verringerter Verhandlungsmacht, abnehmender Regulierungskraft der Tarifverträge und starkem Mitgliederschwund sind die Gewerkschaften in steigendem Masse auf Unterstützung durch Regierung und Gesetzgeber angewiesen. Die nach wie vor tiefe politische Spaltung zwischen CGTP-IN und UGT hat aber die dringend notwendige Kooperation in der Tarifpolitik und in den politischen Verhandlungen mit Regierung und Arbeitgebern bislang nicht zugelassen.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die meisten Mitgliedsgewerkschaften der CGTP-IN gehen auf die lokalen und regionalen Berufsgewerkschaften aus der Diktatur des *Estado Novo* zurück und wurden nach der Revolution in regionale Industriegewerkschaften umgewandelt. Die wichtigsten Neugründungen erfolgten im Öffentlichen Dienst, wo vor der Revolution keine Gewerkschaften erlaubt waren.

Die regionalen Industriegewerkschaften sind in nationalen Föderationen zusammengeschlossen. Die CGTP hat in den vergangenen Jahrzehnten eine umfassende Restrukturierung durchlaufen, die sich in der Verringerung der Zahl der Branchenföderationen von 11 (1999) auf 8 (2019) und der Zahl der Mitgliedsgewerkschaften von 170 (1996) auf 76 widerspiegelt. Die Branchenföderationen erfassen zu weiten Teilen den Privatsektor, im Öffentlichen Dienst sind darüber hinaus noch wichtige Berufsföderationen und -gewerkschaften tätig.

Die UGT hat 50 Mitgliedsgewerkschaften und 7 Föderationen. 22 der 50 Mitgliedsgewerkschaften sind Berufsgewerkschaften, und die Föderationen erfassen nur Teile der UGT-Mitgliedsgewerkschaften.

Neben den 126 Mitgliedsgewerkschaften von CGTP-IN und UGT gibt es noch zahlreiche Gewerkschaften (möglicherweise über 100) ohne Dachverbandszugehörigkeit. Die meisten dieser Organisationen sind sehr klein, viele haben nur einige Dutzend Mitglieder.

Ender der 1990er Jahre hatten die Gewerkschaften von CGTP-IN und UGT zusammen ca. 750.000 Mitglieder, heute haben alle existierenden Gewerkschaften (CGTP, UGT und andere) zusammen zwischen 500.000 und 600.000 Mitglieder.

Der gewerkschaftliche Gesamtorganisationsgrad liegt bei 15 % bis 20 %. Im Öffentlichen Dienst liegt er mit ca. 30 % weit über dem Durchschnitt, im Privatsektor spürbar darunter (bei 10 % bis 15 %). Besonders hoch ist er in bestimmten Bereichen des Öffentlichen Dienstes (z. B. in der Justizverwaltung und bei der Polizei mit über 60 %), in staatlichen Unternehmen und ehemals staatlichen Unternehmen, wo auch Haustarifverträge bestehen. In Niederlassungen Multinationaler Konzerne liegt der Organisationsgrad nicht so hoch und es gibt kaum Unternehmenstarifverträge.

Seit 2010 erhebt das Arbeitsministerium systematisch Daten zur Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im Privatsektor, denen zufolge die Gewerkschaften im Zeitraum 2010–2016, also im Kontext von Krise und hoher Arbeitslosigkeit, ein Fünftel ihrer Mitglieder verloren haben. Bereits zuvor hatte der Organisationsgrad in den überaus zahlreichen Klein- und Kleinstunternehmen bei 1 % (1–9 Beschäftigte) bzw. 3 % (10–49 Beschäftigte) gelegen, im Zuge der Krise sank er aber auch in den Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten von über 25 % auf unter 20 %.

Branchen mit überdurchschnittlichem Organisationsgrad sind Banken und Versicherungen und Energieversorgung (über 50 %), Transport und Logistik (ca. 30 %) und Wasserversorgung und Müllentsorgung (ca. 15 %). Die verarbeitenden Industrien, Hotels, Gaststätten und private Gesundheitsversorgung liegen nahe am allgemeinen Durchschnitt, der Handel und das Baugewerbe weit darunter.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die portugiesische Verfassung garantiert die Arbeitsbedingungen der Gewerkschaften. Sie schützt die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit (Artikel 55) und die Rechte der Ge-

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände des Landes

Bezeichnung	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
CGTP-IN: Confederação Geral dos Trabalhadores Portugueses – Intersindical Nacional (General Confederation of Portuguese Workers – Intersindical Nacional)	Arménio Carlos (Generalsekretär)	350.000*	EGB
	Carlos Silva (Generalsekretär)		
UGT: União Geral de Trabalhadores (General Union of Workers)	Stellvertretende Generalsekretäre: Ana Paula Bernardo, Dina Carvalho, José Cordeiro, Sérgio Monte	120.000*	IGB, EGB

* Schätzung

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften des Landes

Bezeichnung	Dachverband	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
STAL, Sindicato Nacional dos Trabalhadores da Administração Local e Regional, Empresas Públicas, Concessionárias e Afins (National Union of Workers in Local and Regional Administration, Public Companies, Concessionaires and Correlated)	CGTP-IN	José Correia	44.000 (2015)	EPSU
FNSTFP, Federação Nacional dos Sindicatos dos Trabalhadores em Funções Públicas e Sociais (National Federation of Unions of Workers in Public and Social Services)	CGTP-IN	Ana Avoila	30.000–40.000*	keine
FIEQUIMETAL, Federação Intersindical das Indústrias Metalúrgicas, Químicas, Eléctricas, Farmacêutica, Celulose, Papel, Gráfica, Imprensa, Energia e Minas (Federation of Unions in the Metal, Chemical, Electric, Pharmaceutical, Pulp, Paper, and Graphical Industries and in Press, Energy and Mining)	CGTP-IN	Rogério Silva	30.000–40.000*	IndustriALL Europe (nur Metall)
FESETE, Federação dos Sindicatos dos Trabalhadores, Têxteis, Lanifícios, Vestuário, Calçado e Peles de Portugal (Federation of Unions of the Workers in Textiles, Wool, Clothing, Shoe and Leather of Portugal)	CGTP-IN	Isabel Tavares	30.000–40.000*	IndustriALL Europe
FENPROF, National Teachers' Federation (Federação Nacional dos Professores)	CGTP-IN	Mário Nogueira	20.000–25.000*	ETUCE, IE
SEP, Sindicato dos Enfermeiros Portugueses (Union of Portuguese Nurses)	CGTP-IN	José Carlos Martins	16.000 (2015)	Kooperiert mit EPSU
STAD, Sindicato dos Trabalhadores dos Serviços de Portaria, Vigilância, Limpeza, Domésticas e Atividades Diversas (Union of Workers in Reception Services, Private Security, Cleaning, Housekeeping and Diverse Services)	CGTP-IN	Vivalda Silva	8.500 (2016)	UNI
SBSI, Sindicato dos Bancários do Sul e Ilhas (Union of Bank Employees of Southern Portugal and Islands)	UGT	Rui Riso	37.500 (2019)	UNI
SBN, Sindicato dos Bancários do Norte (Union of Bank Employees of Northern Portugal)	UGT	Mário Mourão	13.500 (2017)	UNI
SITESE, Sindicato dos Trabalhadores e Técnicos de Serviços, Comércio, Restauração e Turismo (Union of Workers and Service Technicians, Trade, Restoration and Tourism)	UGT	Luís Azinheira	5.000–10.000*	UNI
SINDEL, Sindicato Nacional da Indústria e da Energia (National Trade Union of Industry and Energy)	UGT	Rui Miranda	9.000*	IndustriALL
SINDELCO, Sindicato Democrático dos Trabalhadores das Comunicações e dos Media (Democratic Union of Communications and Media Workers)	UGT	José Arsénio	9.000*	UNI
FNE, Federação Nacional dos Sindicatos da Educação (National Federation of Education)	UGT	Lucinda Dâmaso	15.000*	ETUCE, IE
SINTAP, Sindicato dos Trabalhadores da Administração Pública e de Entidades com Fins Públicos (Union of Workers in Public Administration and Entities with Public Purposes)	UGT	José Abraão	5.000–10.000*	EPSU

* Schätzung

werkschaften gegenüber dem Staat und den Arbeitgebern, das Recht auf Tarifverhandlungen (Artikel 56), garantiert das Recht auf Streik (auch auf politischen Streik) und verbietet die Aussperrung (Artikel 57). Portugal hat alle wesentlichen ILO-Konventionen ratifiziert. Auch die Arbeitsgesetzgebung bietet im Prinzip gute Arbeitsmöglichkeiten für Gewerkschaften (Tarif- und Streikrecht) und Betriebsräte (Informations- und Konsultationsrechte), einschließlich der Regelung der Freistellung von Vertrauensleuten und Betriebsratsmitgliedern.

Im Jahr 2003 wurde von der konservativen Regierung unter Premier José Manuel Barroso das neue Arbeitsgesetzbuch verabschiedet, das die Gewerkschaften und Arbeitnehmer_innen erheblich schwächte. Durch die Abschaffung des Prinzips der bevorzugten Behandlung der Arbeitnehmer_innen (*favor laboris*) wurde die Position der Beschäftigten gegenüber den Arbeitgebern geschwächt, und mit der Aufhebung des Verbots der einseitigen Kündigung von Tarifverträgen wurde die Verhandlungsposition der Gewerkschaften nachhaltig entkräftet.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Die Aushandlung von Tarifverträgen ist nach wie vor die Kernaufgabe der Gewerkschaften. Andere Aktivitäten wie etwa das Engagement einiger Organisationen in der beruflichen Bildung ändern nichts an dieser Priorität der Tarifpolitik, die den Hauptstrang der gewerkschaftlichen Arbeit darstellt. Angebote von Dienstleistungen wie z. B. vorteilhafte Krankenversicherungen können bei der Entscheidung, welcher Gewerkschaft jemand beitrifft, eine Rolle spielen, geben aber nicht den Ausschlag bei der Entscheidung, ob jemand einer Gewerkschaft beitrifft.

Die tragende Säule des Tarifvertragswesens in Portugal sind die Flächentarifverträge. Die Rechtsregierung und die Troika machten zwischen 2011 und 2014 große Anstrengungen, die Flächentarifverträge zurückzudrängen und die Unternehmensebene in dem System zu stärken. Sie erreichten damit den zeitweisen Zusammenbruch der Verhandlungen in zahlreichen Branchen, aber keine Änderung der Grundstruktur. In den vergangenen Jahren hat es eine schrittweise Erholung des Tarifwesens gegeben, und im Jahr 2018 erfassten die Branchentarifverträge 90 % aller von Tarifverträgen geschützten Beschäftigten.

Die Tarifbindung im Privatsektor lag 2010 und davor über 50 %, sank in den Krisenjahren 2013–2014 auf unter 15 % und ist nach einer langsamen Erholung inzwischen auf über 40 % angestiegen.

Im Zuge der langfristigen Schwächung ihrer Machtposition in der Arbeitswelt und auf politischer Ebene können die Gewerkschaften immer weniger Erfolge in den Kernbereichen ihrer Arbeit erzielen. Die Lohnabschlüsse, die nach wie vor der wichtigste Punkt in den Tarifverhandlungen sind, bleiben in fast allen Branchen weit unter der Summe von Inflation und Produktivitätszuwachs. Ein Indikator für die abnehmende Regulationskraft der Tarifverträge (und zugleich für die zuneh-

mende Bedeutung der Politik) ist die Tatsache, dass knapp ein Viertel der Beschäftigten im Privatsektor den gesetzlichen Mindestlohn (2019: € 600,00 pro Monat) verdient.

Bei der Mitgestaltung der Arbeitsbedingungen und des Arbeits- und Tarifrechts sieht es nicht wesentlich besser aus. Die Gewerkschaften konnten die negativen Eingriffe in die Arbeitsgesetzgebung durch die Rechtsregierungen (2002–2005 und 2011–2015) nicht abwehren und waren bei der Rückeroberung von Rechten in den Perioden linker Mehrheiten im Parlament (2005–2011 und 2015 bis heute) nur in sehr begrenztem Maß erfolgreich. Hier zeigt sich eine große politische Schwäche der Gewerkschaften, die im Wesentlichen von ihnen selbst zu verantworten ist. Die Schuld für diese Lage liegt vor allem bei der Führung der CGTP-IN, die aufgrund ihres stark konfrontativen Auftretens gegenüber allen anderen Akteuren (UGT, Arbeitgeber und Regierung) nicht bündnisfähig ist. In dem seit 1984 institutionalisierten »Sozialdialog« auf Dachverbandsebene könnten die Gewerkschaften erheblichen Einfluss auf die Gestaltung von Sozialstaat, Arbeits- und Sozialgesetzgebung nehmen, wenn sie zusammenarbeiten und ein Mindestmaß an Kompromissfähigkeit mitbringen würden. Eine solche Phase gab es schon einmal, und zwar zu Zeiten der Sozialistischen Regierung unter Premierminister António Guterres (1995–2002), als die CGTP-IN drei tripartistische Abkommen unterzeichnete.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes verliert an Mitgliedern, Einfluss und Ansehen. In einer 2018 durchgeführten Umfrage über das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen teilen sich Gewerkschaften und Kirchen den letzten Platz. Der Einfluss der Gewerkschaften auf die Politik hat abgenommen, aber die parteipolitische Prägung der Gewerkschaftsbewegung ist nach wie vor stark, sowohl in der von der Kommunistischen Partei dominierten CGTP-IN als auch in der UGT, die von einer großen Koalition aus Sozialisten und Sozialliberalen geführt wird.

Angesichts der oben beschriebenen Problemlage ist die größte politische und gesellschaftliche Herausforderung an die Gewerkschaftsdachverbände UGT und CGTP-IN, ihr Verhältnis kooperativer zu gestalten und sich daran zu machen, in der Tarifpolitik und in den tripartistischen Verhandlungen wieder in die Offensive zu kommen. Dafür wäre ein Strategiewechsel nötig, an erster Stelle bei der CGTP-IN, deren konfrontativer Kurs das größte Hindernis für eine Zusammenarbeit darstellt.

Die UGT und ihre Mitgliedsgewerkschaften sind seit Beginn ihrer Existenz in die europäische und internationale Gewerkschaftsbewegung integriert, und sowohl der Dachverband als auch die Einzelgewerkschaften sind Mitglieder in EGB und IGB und in den jeweiligen Branchenförderungen.

Ganz anders ist die Lage bei der CGTP-IN, die zwar dem EGB angehört, aber nicht dem IGB. Nur ein Teil der Branchenorga-

nisationen der CGTP-IN hat sich den entsprechenden EGB-Verbänden angeschlossen. Die Sozialistische Minderheitsströmung in der CGTP-IN hatte nach der Gründung des IGB eine Kampagne für den Beitritt durchgeführt, war damit aber an dem Widerstand der dominierenden Kommunistischen Strömung gescheitert.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.